

Voranschlag 2017, 2. Entwurf Vorgehen 2018 und Folgejahre

Medienorientierung des Regierungsrates vom 28. Juni 2017

Agenda

1. Einführung

Regierungspräsident
Marcel Schwerzmann

2. Präsentation der Massnahmen im Voranschlag 2017

Regierungspräsident
Marcel Schwerzmann

3. Ausblick 2018 und Folgejahre

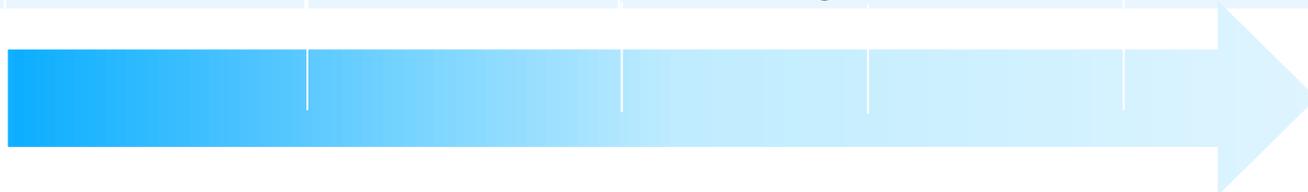
Departementsvorsteher



Übersicht

	2017	2018	2019	2020	2021
Handlungsbedarf in CHF	64 Mio.	37 Mio. plus 25 Mio.	90 Mio.	62 Mio.	62 Mio.
Vorgehen	Phase 1 <ul style="list-style-type: none"> Voranschlag 2017, 2. Entwurf ohne Gesetzesänderungen 	Phase 2 <ul style="list-style-type: none"> Voranschlag 2018 ohne Gesetzesänderungen 	Phase 3 <ul style="list-style-type: none"> AFP 2019-2022 Steuergesetzrevision (Anschlussgesetzgebung Steuervorlage 17) Aufgaben- und Finanzreform 2018 Kantonaler Finanzausgleich Leistungsabbau mit Gesetzesänderungen 		

OE17



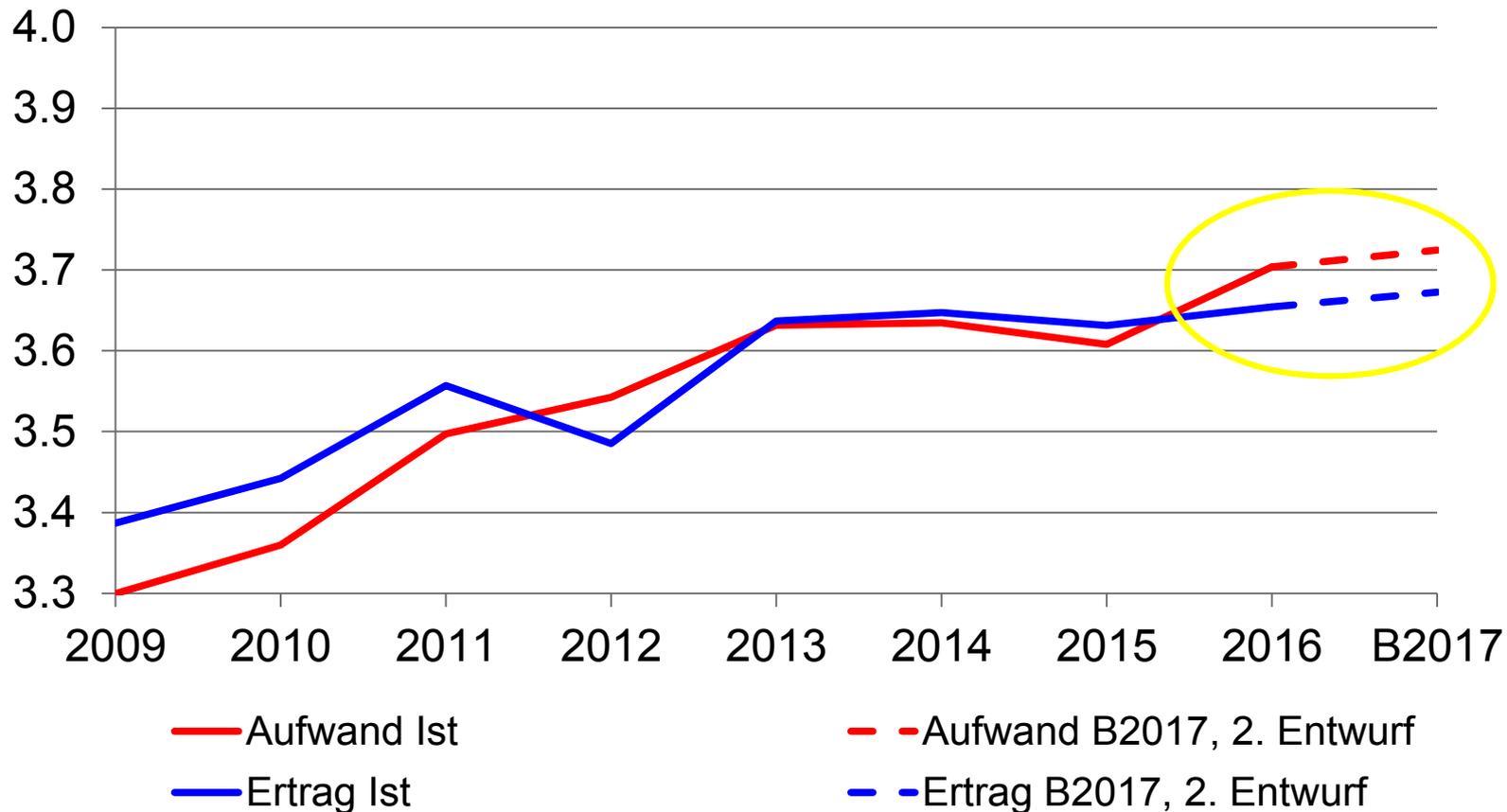
Voranschlag 2017, 2. Entwurf

- > Handlungsbedarf 64 Mio. CHF
- > Abweichungen vom 1. Entwurf 25 Mio. CHF
 - SNB, LUKB, CKW
- > Handlungsbedarf 39 Mio. CHF
 - davon Leistungsverzicht wegen budgetlosem Zustand ungefähr 19 Mio. CHF
 - davon zusätzlicher Leistungsabbau ungefähr 20 Mio. CHF



Erfolgsrechnung: Entwicklung Aufwand/Ertrag

(in Mia. CHF)



Voranschlag 2017: Nächste Schritte

- Anfangs Aug. 2017:
Publikation Voranschlag 2017, 2. Entwurf
- 2. Hälfte Aug. 2017:
Beratung in den ständigen Kommissionen
- 11./12./18. Sept. 2017:
Beratung im Kantonsrat

Agenda

1. Einführung
Regierungspräsident
Marcel Schwerzmann
2. Präsentation der
Massnahmen im
Voranschlag 2017
Regierungspräsident
Marcel Schwerzmann
3. Ausblick 2018 und
Folgejahre
Departementsvorsteher



Massnahmen 2017: GSD

Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Prämien- verbilligung	7 Mio. CHF (für Kanton, gleiche Einsparung für Gemeinden)	Kürzung des übrigen Anspruchs um rund ¼ ggb. 1. Voranschlag 2017. Neuberechnung; zu viel ausbezahlte PV-Beträge werden der nächsten Krankenkassen-Rechnung belastet.	Kürzungen im tiefen Einkommensbereich, jedoch keine Auswirkung auf Empfänger von Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe.
Asyl- und Flüchtlings- wesen	5 Mio. CHF	Einsparung ergibt sich aus tieferer Zuweisung, betrieblichen Optimierungen und Anpassungen bei Zulagen.	Betriebliche Anpassungen: Reduktion Temporäre Unterkünfte (TUK) und Wohnungen, Krankenkassenwechsel, Verzicht auf Leitung TUK.



Massnahmen 2017: GSD

Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Gesundheit	1.5 Mio. CHF, davon <ul style="list-style-type: none">• 1.1 Mio. CHF Umsetzung ambulant vor stationär• 0.4 Mio. CHF Kürzung Gemeinwirtschaftliche Leistungen Weiterbildung Assistenzärzte (= alle Listenspitäler)	Gemeinwirtschaftliche Leistungen: keine direkte Auswirkung auf Gesundheitsversorgung und vertretbare Auswirkung auf Listenspitäler.	Aufgrund der neuen Spitalfinanzierung ist es sehr anspruchsvoll, das Ausgabenwachstum bei den Gesundheitskosten zu beeinflussen.



Massnahmen 2017: JSD

Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Polizeiliche Leistungen: Abbau Gleit- und Überzeit (einmaliger Effekt)	1.5 Mio. CHF	Reduktion Präsenz <ul style="list-style-type: none">• 1-2 Patrouillen/Tag weniger• 85 statt 90 Prozent der Interventionen unter 25 Minuten• uniformierte Präsenz 75'000 statt 90'000 Stunden• Reduktion Öffnungszeiten Polizeiposten (Sa/So geschlossen)• generell längere Bearbeitungsdauer	



Massnahmen 2017: BKD

Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Erhöhung Gemeindebeiträge an Gymnasien für ½ Jahr	0.5 Mio. CHF	<ul style="list-style-type: none">• Der Beitrag wird um 500 Franken erhöht.• Die Massnahme verteuert das Langzeitgymnasium im obligatorischen Bereich für die Gemeinden.	
Stipendien	2.0 Mio. CHF	<ul style="list-style-type: none">• Rund 80 Prozent aller Stipendienbezüger erhalten weniger Beiträge.• Das Durchschnittsstipendium wird um 2'200 Franken gekürzt.• Die Reduktion bei den Stipendien beträgt 20 Prozent.	



Massnahmen 2017: BKD

Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Finanzielle Umlagerungen und Kürzung der Beiträge Kultur	0.8 Mio. CHF	Konzentration auf grosse Kulturbetriebe, Verzicht auf Zuwendungen im Bereich Theater, Musik und bildende Kunst sowie Verzicht auf Ausschreibungen, Konferenzen und teilweise Projektbeiträge	grosse Kulturbetriebe sind nicht betroffen
Abbau Pensensaldi Verwaltungspersonal	0.7 Mio. CHF	Dienstleistungen für die Bevölkerungen können allenfalls nicht mehr im vollen Umfang erbracht werden, da Arbeitszeit reduziert wird	Gleizeit- und Feriensaldi des Verwaltungspersonals werden reduziert



Massnahmen 2017: BUWD

Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Energieförderprogramm Reduktion	0.5 Mio. CHF	Hauseigentümer, Wirtschaft	Nicht gesetzlich vorgeschriebene Leistungen
Landwirtschaft und Wald Reduktion von Projekten im Bereich - Schutzwald - Jungwaldpflege - Regionale Projekte - Aktionsplan Biodiversität	0.5 Mio. CHF	Waldeigentümer, Landwirte	Nicht gesetzlich vorgeschriebene Leistungen. Damit werden auch zur Verfügung stehende Bundesmittel nicht in Anspruch genommen.



Agenda

1. Einführung
Regierungspräsident
Marcel Schwerzmann
2. Erläuterung der
Massnahmen im
Voranschlag 2017
Regierungspräsident
Marcel Schwerzmann
3. Ausblick 2018 und
Folgejahre
Departementsvorsteher



Ausblick 2018 und Folgejahre

	2017	2018	2019	2020	2021
Handlungsbedarf in CHF	64 Mio.	37 Mio. plus 25 Mio.	90 Mio.	62 Mio.	62 Mio.
Vorgehen	Phase 1 <ul style="list-style-type: none">• Voranschlag 2017, 2. Entwurf ohne Gesetzesänderungen	Phase 2 <ul style="list-style-type: none">• Voranschlag 2018 ohne Gesetzesänderungen	<= Phase 3 => <ul style="list-style-type: none">• AFP 2019-2022• Steuergesetzrevision (Anschlussgesetzgebung Steuervorlage 17)• Aufgaben- und Finanzreform 2018• Kantonaler Finanzausgleich• Leistungsabbau mit Gesetzesänderungen		



Handlungsbedarf und Handlungsspielraum

Erfolgsrechnung (in Mio. CHF)	2018	2019	2020	2021
Ausgangslage (Aufwandüberschüsse)	87.1	73.9	61.4	52.7
Handlungsbedarf / erforderliche Massnahmen	-62.0	-90.0	-62.0	-62.0
Ergebnis der Erfolgsrechnung nach Massnahmen	25.1	-16.1	-0.6	-9.3
Saldo Ausgleichskonto	-100.0	-74.9	-91.0	-100.9

+ Aufwandüberschuss / - Ertragsüberschuss

- > Nachhaltige Verbesserungen aus den Vorjahren reduzieren den jeweiligen Handlungsbedarf.



Stand Voranschlag 2018

- Handlungsbedarf: 37 Mio. CHF plus 25 Mio. CHF
- Keine Gesetzesänderungen
- Leistungsabbau
- Keine neue Aufgaben und Projekte

Stand Voranschlag 2018

> Einnahmen

- Erhöhung des Steuerfusses aufgrund Volksentscheid ausgeschlossen.

> Schulden

- Der Regierungsrat hält an seinem Antrag zur temporären Lockerung der Schuldenbremse um 25 Mio. CHF fest. Der Aufwandüberschuss dürfte somit im Voranschlag 2018 rund 50 Mio. CHF betragen.

> Ausgaben

- Entlastungen müssen primär über Leistungsverzicht erzielt werden.

Massnahmen 2018: GSD

Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Kürzung Prämienverbilligung	6 Mio. CHF netto (= 12 Mio. CHF brutto)	Grosse Kürzung bei übrigen Ansprüchen an IPV inkl. Prämien für Kinder und Jugendliche.	keine Auswirkung auf Empfänger von Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe
Asyl- und Flüchtlingswesen	5 Mio. CHF	Einsparung ergibt sich aus tieferer Zuweisung, betrieblichen Optimierungen und Anpassungen bei Zulagen und vertretbaren Standardsenkungen	Weitgehend nachhaltige Einsparungen aus den 2017 gestarteten Massnahmen



Ohne Lockerung Schuldenbremse: 25 Mio. CHF Zusatzmassnahmen

GSD			
Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Abbau Gesundheitsversorgung	ca. 4 Mio. CHF	<ul style="list-style-type: none">• Reduktion 24-Stundenversorgung• Abbau weiterer nicht kostendeckender Leistungen• Prüfung Angebot Rehabilitation	
Weiterer Abbau Prämienverbilligung	ca. 2 Mio. CHF = total 8 Mio. CHF	Massive Kürzung bei übrigen Ansprüchen an IPV inkl. Prämien für Kinder und Jugendliche.	keine Auswirkung auf Empfänger von Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe.



Ohne Lockerung Schuldenbremse: 25 Mio. CHF Zusatzmassnahmen

GSD			
Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Abbau im Asyl- und Flüchtlingswesen <ul style="list-style-type: none">• Reduktion des Betreuungs- und Sicherheitsstandards• Integrationsangebote reduzieren	ca. 3 Mio. CHF = total 8 Mio. CHF	a) Kurzfristig: erschwerter Betrieb von Asylzentren und Reklamationen aus dem Umfeld Langfristig: erschwerte Integration durch reduzierte Betreuung während Asylprozess b) mittel- und langfristig höhere WSH-Kosten im Flüchtlingsbereich aufgrund reduzierter Integrationsmassnahmen	a) Reduktion vorab in Asylzentren b) Integrationsangebot wird in der Tendenz der (unzureichenden) Bundesabgeltung angepasst.



Massnahmen 2018: JSD

Massnahme	Betrag	Auswirkungen / Bemerkungen
Militär, Zivilschutz und Justizvollzug: Abbau Personal- und Sachaufwand	1.6 Mio. CHF	Reduktion der Leistungen in allen Abteilungen, längere Bearbeitungsdauer von Aufträgen, geringere Dienstleistungsfähigkeit
Strassen- und Schifffahrtswesen: - freie Expertenstellen besetzen, - Gebührenerhöhung, - Verrechnung von Leistungen die aktuell kostenlos erbracht werden	0.6 Mio. CHF	Mehrertrag; Abbau Pendenzen Fahrzeugprüfung
Reduktion diverse Sach- und Betriebsaufwände	0.6 Mio. CHF	



Massnahmen 2018: JSD

Massnahme	Betrag	Auswirkungen / Bemerkungen
Polizeiliche Leistungen: Abbau von 6 MA Verschiebung Aufstockung 5 MA	1.3 Mio. CHF	<ul style="list-style-type: none">– Reduktion Präsenz– Reduzierte Patrouillendichte– 85 statt 90 Prozent der Interventionen unter 25 Minuten, Mittelwert 11 statt 10 Minuten– uniformierte Präsenz 75'000 statt 90'000 Stunden– Reduktion Öffnungszeiten Polizeiposten– generell längere Bearbeitungsdauer, vor allem Ermittlungstätigkeit im Auftrag der Staatsanwaltschaft



Massnahmen 2018: JSD

Massnahme	Betrag	Auswirkungen / Bemerkungen
Strafverfolgung: Abbau 3 MA	0.4 Mio. CHF	<ul style="list-style-type: none">- längere Verfahrensdauer- tieferer Erledigungsquotient (unter 100 %)- weniger Einnahmen und Erträge- Anstieg der Pendenzen- Erhöhte Gefahr der Verfolgungsverjährung- Vermehrt Haftungsprozesse (Überhaft, Verfahrensdauer etc.)



Ohne Lockerung Schuldenbremse: 25 Mio. CHF Zusatzmassnahmen

JSD			
Massnahme 1	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Polizeiliche Leistungen: Abbau von zusätzlich 19 MA	2.3 Mio. CHF = total 3.6 Mio. CHF	Abbau Präsenz stärker und nachhaltiger zu Variante 37 Mio. Fr. <ul style="list-style-type: none">- 2 Patrouillen/Tag weniger- abnehmende Fähigkeit zur Bewältigung besonderer Lagen- Längere Interventionszeiten bei Notrufen- Noch längere Bearbeitungszeiten, Gefahr von Verfolgungsverjährung	



Ohne Lockerung Schuldenbremse: 25 Mio. CHF Zusatzmassnahmen

JSD			
Massnahme 2	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Strafverfolgung: Abbau von zusätzlich 5 MA	0.7 Mio. CHF = total 1.0 Mio. CHF	gleiche Auswirkung wie bei Variante 37 Mio. CHF Zusätzlich: <ul style="list-style-type: none">- Schwere Fälle können nicht mehr oder nicht mehr zeitgerecht verfolgt werden.- Mehr Beschwerden wegen Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung = Mehraufwand.- Strafverfolgung setzt sich vermehrt dem Vorwurf des Amtsmissbrauchs und der Begünstigung aus.- Rechtshilfeersuchen können nicht mehr respektive nicht mehr zeitgerecht erledigt werden.- Rechtsstaatlichkeit ist nicht mehr gewährleistet.	



Massnahmen 2018: BKD

Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Erhöhung Gemeindebeiträge an Gymnasien	1.1 Mio. CHF	Der Beitrag wird um 500 Franken erhöht. Die Massnahme verteuert das Langzeitgymnasium im obligatorischen Bereich für die Gemeinden.	Umsetzung ganzes Schuljahr
Stipendien	1.2 Mio. CHF	Rund 80 Prozent aller Stipendienbezüger erhalten weniger Beiträge. Das Durchschnittsstipendium wird gekürzt. Die Reduktion bei den Stipendien beträgt rund 13 Prozent.	



Massnahmen 2018: BKD

Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Finanzielle Umlagerungen und Kürzung der Beiträge Kultur	0.8 Mio. CHF	Konzentration auf grosse Kulturbetriebe, Verzicht auf Zuwendungen im Bereich Theater, Musik und bildende Kunst sowie Verzicht auf Ausschreibungen, Konferenzen und teilweise Projektbeiträge	grosse Kulturbetriebe sind nicht betroffen
Sachaufwand	0.9 Mio. CHF	Weniger Aufwand für Sachmittel (Bücher, Materialien, Projektmittel usw.)	
Einsparungen Asyl- und Integrationsmassnahmen	ca. 7.0 Mio. CHF	Einsparungen wegen tieferer Zuweisungen bei den Asylschulen und Integrationsangeboten	



Ohne Lockerung Schuldenbremse: 25 Mio. CHF Zusatzmassnahmen

Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Kürzung Tarife Sonderschulmassnahmen	1.5 Mio. CHF	Reduktion der Betreuung und eine Wochenlektion weniger bei den Sonderschulen	Für einzelne Sonderschulmassnahmen werden die Tarife um durchschnittlich 10 Franken gekürzt
Stipendien	2.4 Mio. CHF	Weniger Stipendienempfänger und kleinere Beiträge. Kürzung beträgt rund 30 % des ursprünglichen Beitrags	Ausbildungsbeiträge werden um eine weitere Million Franken gekürzt
Integrationsbrückenangebote	1.0 Mio. CHF	Zugewanderte werden weniger gut auf ihren Einsatz im Alltag vorbereitet	



Ohne Lockerung Schuldenbremse: 25 Mio. CHF Zusatzmassnahmen

BKD			
Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Schliessung Wirtschafts- mittelschule Willisau	0.3 Mio. CHF	Kein regionales Wirtschaftsmittelschul- Angebot mehr. Reduktion um eine Klasse	Angebot in Luzern bleibt bestehen
Übertritt ins Kurz- zeitgymnasium	0.5 Mio. CHF	Alle Übertritte erfolgen nach der 2. Sek. ins Kurzzeitgymnasium	
Kürzung Beiträge Denkmalpflege	0.5 Mio. CHF	Weniger Beitragsempfänger und kleinere Beiträge	Unterschütz- stellungsumfang wird angepasst



Ohne Lockerung Schuldenbremse: 25 Mio. CHF Zusatzmassnahmen

Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Kürzungen Kulturförderung	1.0 Mio. CHF	Entlastungen durch zusätzliche Finanzierungen über den Lotteriefonds, Verzicht auf Zuwendungen im Bereich Theater, Musik und bildende Kunst sowie Verzicht auf Ausschreibungen, Konferenzen und teilweise Projektbeiträge	grosse Kulturbetriebe sind nicht betroffen
Schliessung Museen	1.6 Mio. CHF	Natur- und Historisches Museum wird geschlossen	
Reduktion diverse Sach- und Betriebsaufwände	0.5 Mio. CHF		



Massnahmen 2018: BUWD

Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Raum und Wirtschaft Reduktion NRP à-fonds-perdu Beiträge	0.3 Mio. CHF	NRP-Entwicklungs-träger und Gesuchsteller	Reduktion der Projekte der Neuen Regionalpolitik (NRP).
Umwelt und Energie Reduktion Energie-förderungsprogramm	0.8 Mio. CHF	Hauseigen-tümer, Wirtschaft	Nicht gesetzlich vorgeschriebene Leistungen.
Naturgefahren Reduktion Beiträge an Gemeinden	0.2 Mio. CHF	Gemeinden	Gefahrenkarten werden verzögert aktualisiert. Verzögerungen bei Ortsplanungen.
Landwirtschaft und Wald: Verzicht auf Ressourcenprojekte Boden, Reduktion Förderbeiträge Biodiversität	0.7 Mio. CHF	Landwirte	Nicht gesetzlich vorgeschriebene Leistungen. Damit werden auch zur Verfügung stehende Bundesmittel nicht in Anspruch genommen.
Reduktion diverse Sach- und Betriebsaufwände	0.5 Mio. CHF	Private, Gemeinden	Beratungs- und Dienstleistungsaufwand



Ohne Lockerung Schuldenbremse: 25 Mio. CHF Zusatzmassnahmen

BUWD			
Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
öffentlicher Verkehr Angebotsüberprüfung	0.3 Mio. CHF	Nutzer öV, insbesondere Pendler	Im Vordergrund sind Linien mit schlechtem Kostendeckungsgrad zu prüfen.
Raum u. Wirtschaft Reduktion der Projekte	0.2 Mio. CHF	NRP- Entwicklungs- träger und Gesuchsteller	Verzicht auf neue NRP-Projekte.
Umwelt und Energie Reduktion Energieförderprogramm. Verzögerung Projekt Bodenkartierung. Verzicht Beratungsleistungen (Luft, Nicht-ionisierende Strahlung, Radon, Gewässer...).	0.9 Mio. CHF	Haus- eigentümer, Wirtschaft, Gemeinden, Verbände, Private	Verzicht auf kantonales Energieförderungsprogramm -> Nicht gesetzlich vorgeschriebene Leistungen, Bodenkartierung -> fehlende Datengrundlagen, Verzicht Beratungsleistungen -> es entstehen Mehrkosten bei den Betroffenen durch den Einkauf bei Dritten



Ohne Lockerung Schuldenbremse: 25 Mio. CHF Zusatzmassnahmen

BUWD			
Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Landwirtschaft und Wald Verzicht auf <ul style="list-style-type: none">• Ressourcenprojekte (LW)• Förderbeiträge Biodiversität• Projekte zur regionalen Entwicklung (PRE)	0.4 Mio. CHF	Landwirte, nachgelagerte Gewerbebetriebe	Nicht gesetzlich vorgeschriebene Leistungen. Damit werden auch zur Verfügung stehende Bundesmittel nicht in Anspruch genommen.
Naturgefahren Verzicht Beiträge an Gemeinden.	0.2 Mio. CHF	Gemeinden	Gefahrenkarten werden nicht aktualisiert. Massive Verzögerungen bei Ortsplanungen.



Massnahmen 2018: FD

Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Reduktion Sachaufwand	0.9 Mio. CHF	Reduktion externe Dienstleistungen sowie Initial- bzw. Projekt-kosten für OE17-Massnahmen.	Mehrkosten müssen im Globalbudget aufgefangen werden.
Reduktion Begleitmassnahmen Stellenabbau	0.4 Mio. CHF	keine	Bedarf kleiner als in Planung angenommen
Optimierung Finanz- und Beteiligungsertrag	2.0 Mio. CHF	Ertragssteigerungen realisieren.	
Aufschub Stellenbesetzung	0.2 Mio. CHF	Dienstleistungen allenfalls nicht mehr im vollen Umfang möglich.	
Diverse Anpassung Planungsannahmen	3.4 Mio. CHF	Einrechnung der aktuellen Szenarien in Bezug auf die Erfolgsrechnung, die Investitionen und die resultierenden Folgekosten	



Ohne Lockerung Schuldenbremse: 25 Mio. CHF Zusatzmassnahmen

FD			
Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Stellenstreichungen	0.4 Mio. CHF	Reduktion Querschnitts- dienstleistungen	
Reduktion zentrale Kosten Dienststelle Personal	0.4 Mio. CHF	<ul style="list-style-type: none">• flank. Massnahmen KP17• Casemanagement• Kinderbetreuung	
Reduktion Gebäudeunterhalt	1.0 Mio. CHF	Absinkender Zustandswert der Liegenschaften	
Steuerzinsen und -entschädigungen	0.5 Mio. CHF	Prüfung Steuerzinsen und Inkassoentschädigung an Gemeinden.	



Ohne Lockerung Schuldenbremse: 25 Mio. CHF Zusatzmassnahmen

SK			
Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Stellenabbau	0.1 Mio. CHF	Leistungsabbau	

Gerichte			
Massnahme	Betrag	Auswirkung	Bemerkung
Überprüfung geplanter Ausbau Kriminalgericht (4 Stellen)	0.3 Mio. CHF	Längere Verfahrensdauer. Risiko von Verjährungen, die mit Kostenfolgen verbunden sind, steigt.	Besetzung von 2 statt 4 Stellen.



Stand AFP 2019-2022

> Handlungsbedarf:

- 2019: 90 Mio. CHF
- 2020/2021: je 62 Mio. CHF
- minus nachhaltige Verbesserungen aus Vorjahr

> Massnahmen:

- Leistungsabbau mit Gesetzänderungen
- Aufgaben- und Finanzreform 2018 (AFR18) inkl. Kostenteiler Wasserbau und Ergänzungsleistungen AHV
- Überprüfung Kantonalen Finanzausgleich
- Steuergesetzrevision
(Kantonale Anschlussgesetzgebung zur Steuervorlage 17, SV17)

Leistungsabbau mit Gesetzesänderungen

Auftraggeber	Regierungsrat
Politische Begleitgruppe	Parteipräsidenten und Fraktionsvorsitzende (Dulliker-Gremium)
Echoräume (themenbezogen)	VLG / Stadt Luzern Personalverbände Wirtschaftsverbände Kulturinstitutionen Sozialinstitutionen

- Die konkrete Ausarbeitung der Projektorganisation erfolgt über den Sommer.

